

Niederschrift SOZ/001/2009

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Sozialausschusses der Stadt Rheine
am 08.12.2009

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungsraum 104 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Ellen Knoop	SPD	Ratsmitglied / Vorsitzende
------------------	-----	----------------------------

Mitglieder:

Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Frau Simone Berkmann	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Katharina Focke	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Wilfried Grottendieck	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied / 2. Stellv. Vorsitzender
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Paul Jansen	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Gabriele Leskow	SPD	Sachkundige Bürgerin
Frau Barbara Meinert	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Nelson Rodrigues	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr Michael Schaefer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzender
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied
Frau Waltraud Wunder	SPD	Ratsmitglied

beratende Mitglieder:

Herr Horst Erle	Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat
Frau Vivien Schöpker	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat
Herr Heinz Thalmann	Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung

Gäste:

Herr Werner Althoff
Herr Dr. Hollwitt

Verwaltung:

Frau Ute Ehrenberg
Herr Helmut Hermes
Frau Britta Hermes
Herr Hubert Lammerding
Herr Ludger Schöpfer
Herr Henning Viehoff

Entschuldigt fehlten:

beratende Mitglieder:

Frau Anna Hölzen	Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat
------------------	--

Öffentlicher Teil:

**1. Bestellung des Schriftführers und seines Stellvertreters
Vorlage: 487/09**

00:00:30

Frau Knoop verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Ohne weitere Aussprache fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss bestellt gem. § 52 Abs. 1 GO in Verbindung mit § 58 Abs. 2

und 7 GO Herrn Henrik Mersch zum Schriftführer und Herrn Henning Viehoff zum stellvertretenden Schriftführer.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**2. Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürger/innen und deren Stellvertreter/innen
Vorlage: 489/09**

0:01:30

Die anwesenden sachkundigen Bürger/innen sowie deren Stellvertreter/innen wurden von der Vorsitzenden Frau Knoop verpflichtet.

3. Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung am 28.04.2009

0:02:00

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

4. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 23.04.2009 gefassten Beschlüsse

0:03:00

Die Beschlüsse sind ausgeführt. Eine gesonderte Berichterstattung erfolgt nicht.

5. Informationen

0:04:00

Frau Ehrenberg trägt den Inhalt des nachfolgenden Vermerkes vor:

Projekt „Wir sehen weiter“

Mit Unterstützung des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales haben der Blinden- und Sehbehindertenverein Westfalen ein Jahr lang 51 Berater, darunter auch Herrn Claus Meier aus Rheine (Mitglied des Beirates für Menschen mit Behinderung der Stadt Rheine), zertifiziert ausgebildet, die in einem landesweiten Netzwerk ehrenamtlich Menschen zur Seite stehen, die erblinden oder unter einer Sehbehinderung leiden. Den Schwerpunkt seiner ehrenamtlichen Tätigkeit sieht Herr Meier in der Hilfe zur Selbsthilfe in der Unterstützung der Hilfesuchenden zu einem konstruktiven, lösungsorientierten Umgang mit ihrer Lebenssituation. Der Fachbereich Jugend, Familie und Soziales unterstützt dieses Projekt. Herr Meier hält ab dem 12. März 2009 im Raum 210 des VdK , Neues Rathaus, seine Sprechstunden ab, und zwar am 2. Donnerstag im Monat von 09:00 bis 12:00 Uhr. Herr Meier ist unter der Telefonnummer

05971 913227 auch außerhalb der angebotenen Sprechzeit zu erreichen. Es gab bisher zeitnahe Pressearbeit durch das städtische Pressereferat. Jeweils vor den einzelnen Beratungsterminen werden Pressenotizen veröffentlicht.

Eröffnung des Pflegestützpunktes in Rheine

Am 13.11.2009 wurde offiziell im Gesundheitsamt Rheine der neue Pflegestützpunkt des Kreises Steinfurt eröffnet. Der Pflegestützpunkt ist einer von drei Adressen im Kreisgebiet, um Pflegebedürftige und Angehörige individuell, neutral und kostenfrei zu beraten.

Zu den weiteren Aufgaben des Pflegestützpunktes zählt die Bündelung von Informationen zu speziellen Angeboten und Ansprechpartnern in einer Region. Es sollen Hilfestellungen bei der Auswahl und Inanspruchnahme sozialer Leistungen gegeben werden.

Der Pflegestützpunkt in Rheine ist Ansprechpartner für alle Ratsuchenden aus den Bereichen Rheine, Neuenkirchen, Emsdetten, Hörstel und Hopsten. Standorte für die zwei weiteren Pflegestützpunkte im Kreisgebiet sind Ibbenbüren und Steinfurt.

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag: 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr

Freitag: 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr

Verlängerung der Bleiberechtsregelung

Die seit dem 01.07.2007 bis 31.12.2009 geltende Bleiberechtsregelung des § 104 a Aufenthaltsrecht besagt, dass Flüchtlinge nur dann dauerhaft in Deutschland bleiben dürfen, wenn sie sich mittels Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt selbst finanzieren können. Stichtag für den entsprechenden Nachweis ist der 31. Dezember 2009.

Da diesen Nachweis allerdings viele Flüchtlinge – auch wegen der Wirtschaftskrise – nicht erbringen können, wurde folgende Regelung bei der Innenministerkonferenz am 4./5. Dezember 2009 getroffen:

1. Inhabern einer Aufenthaltserlaubnis auf Probe, die am 31.12.2009 mindestens für die letzten sechs Monate zumindest eine Halbtagsbeschäftigung nachweisen oder bis zum 31.01.2010 für die kommenden sechs Monate eine Halbtagsbeschäftigung glaubhaft nachweisen können, wird eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 1 Satz 1 AufenthG bis zum 31.12.2011 erteilt.
2. Bei Inhabern einer Aufenthaltserlaubnis auf Probe, die zwischen dem 1.07.2007 und dem 31.12.2009 entweder ihre Schul- oder Berufsausbildung mit einem Abschluss erfolgreich beendet haben oder sich derzeit in einer Berufsausbildung befinden und bei denen deshalb erwartet werden kann, dass sie sich in unsere Gesellschaft erfolgreich integrieren und sie zukünftig ihren Lebensunterhalt selbstständig sichern werden, wird eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 1 Satz 1 AufenthG für zwei Jahre erteilt.

3. Im Übrigen können Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis auf Probe, die am 31.12.2009 mangels Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben zur Lebensunterhaltssicherung nicht gemäß § 104 Absatz 5 AufenthG verlängert werden kann, für die Dauer von zwei Jahren eine Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“ nach § 23 Absatz 1 Satz 1 AufenthG erlangen, sofern sie nachweisen, dass sie sich um die Sicherung des Lebensunterhalts für sich und etwaige Familienangehörige durch eigene Erwerbstätigkeit bemüht haben, und wenn die Annahme gerechtfertigt ist, dass der Lebensunterhalt nach diesen zwei Jahren eigenständig durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit gesichert sein wird.

Wie die Umsetzung erfolgen soll, wird durch ein Erlass des Innenministeriums regeln; mit dessen Veröffentlichung wird noch diese Woche gerechnet.

Nach Angaben der Ausländerbehörde liegen dort 200 Anträge auf Verlängerung des Bleiberechtes vor.

Es wird damit gerechnet, dass viele dieser Anträge positiv entschieden werden.

Antrag des Caritasverbandes Rheine auf Anteilsfinanzierung einer 0,25 Stelle, *Dolmetscher der Kulturen*

Mit Schreiben vom 31.07.09 stellte der Caritasverband Rheine den Antrag, im Rahmen des Leitprojektes 25, Dolmetscher der Kulturen, eine 0,25 Stelle zu 90 % aus städt. Mitteln zu finanzieren.

Das im Antrag beschriebene Projekt *Dolmetscher der Kulturen* wird hier mit Interesse verfolgt und unterstützt.

Die Verwaltung ist auch der Ansicht, dass die Arbeit mit Ehrenamtlichen einer Begleitung durch hauptamtliches Fachpersonal bedarf, wenn sie gut auf ihre Aufgaben vorbereitet und zielgerichtet und effektiv eingesetzt werden sollen. Besonders die Schulung und Einsatzkoordination stehen hier im Vordergrund, weniger das Ersetzen der Ehrenamtlichen durch Hauptamtliche im Verhinderungsfall.

Die vom Caritasverband registrierte erhöhte Nachfrage nach dem Einsatz der *Dolmetscher der Kulturen* zeigt die Eigendynamik, die das Projekt entwickelt.

Die Verwaltung ist allerdings der Auffassung, dass der Einsatz und die Begleitung von Ehrenamtlichen bereits im Stellenprofil verschiedener von der Stadt geförderter Integrationsprojekte des Caritasverbandes enthalten sind. Die Stellenprofile wurden von vornherein entsprechend breit angelegt. Die Arbeitsschwerpunkte ändern sich im Laufe der Zeit. Deshalb hat die Verwaltung dem Caritasverband vorgeschlagen zu prüfen, ob in den Bausteinen und Aufgabenbereichen der Caritas-Migrationsdienste nicht Umschichtungen zugunsten einer professionellen Betreuung von ehrenamtlichen Kulturdolmetschern erfolgen können.

Eine Neuformulierung der Stellenprofile kann aus Sicht der Verwaltung jederzeit erfolgen. Zum weiteren Vorgehen hat die Verwaltung ein Gespräch vorgeschlagen.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 17. November 2009 auf Einrichtung einer Beratungsstelle für Homosexuelle Frauen und Männer

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 01. Dezember 2009 den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN auf Einrichtung einer Beratungsstelle für Homosexuelle Frauen und Männer behandelt und zur weiteren Aufarbeitung an den Sozialausschuss als zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Die Verwaltung wird den Antrag aufarbeiten und für die nächste Sozialausschusssitzung eine Beschlussvorlage erstellen.

Bei dem Themenkomplex Beratung für Homosexuelle Frauen und Männer handelt es sich um eine vielschichtige Fragestellung, die in der Kürze der Zeit von der Verwaltung nicht aufgearbeitet werden konnte.

Es erfolgen derzeit Recherchen, wo es Beratungsstellen gibt, was deren Aufgabenstellung konkret ist und wie die Finanzierung jeweils sichergestellt wird. Darüber hinaus ist zu prüfen, inwieweit Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Beratungsstellen realisiert werden können.

Aus Sicht der Verwaltung sind die vorgenannten Punkte abzuklären, bevor ein Grundsatzbeschluss über die Einrichtung einer Beratungsstelle für homosexuelle Männer und Frauen in Rheine gefasst werden kann.

6. Informationen aus dem Integrationsrat

0:11:30

Frau Schöpker berichtet über die Arbeit des Integrationsrates.

7. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

0:12:50

Herr Thalmann berichtet über die Arbeit des Beirates für Menschen mit Behinderungen.

8. Informationen aus dem Seniorenbeirat

0:18:50

Herr Erle berichtet über die Arbeit des Seniorenbeirates.

9. Informationen aus dem Familienbeirat

0:23:30

Eine Berichterstattung erfolgt nicht.

**10. Bericht des Migrationsbeauftragten
Vorlage: 456/09**

0:24:00

Herr Althoff berichtet über seine Arbeit als Migrationsbeauftragter der Stadt Rheine.

Der Bericht ist diesem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

Da Herr Althoff aus dem Amt des Migrationsbeauftragten der Stadt Rheine ausscheidet, würdigt Frau Knoop das Wirken von Herrn Althoff und bedankt sich auch im Namen des gesamten Ausschusses für seine geleistete Arbeit.

**11. Bestellung einer/eines Migrationsbeauftragten sowie deren/dessen Stellvertreter/in
Vorlage: 455/09**

0:45:50

Herr Schöpfer verweist zunächst auf die Vorlage der Verwaltung.

Er schlägt vor, die Arbeitsgruppe auf Grund der bestehenden Mehrheitsverhältnisse im Rat zu bilden.

Herr Berardis schlägt vor, den Vorsitzenden des Integrationsrates und ein Mitglied der Kerngruppe Migration mit in die Arbeitsgruppe einzubinden.

Herr Rodrigues hält es darüber hinaus für sinnvoll, auch einen Sprecher des Forums für Migration zu beteiligen.

Herr Wilp hält dieses Vorgehen für sinnvoll; jedoch sollten diese drei Personen nur beratend den Findungsvorgang begleiten.

Im Anschluss an die Diskussion fasst der Sozialausschuss nachfolgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss bildet eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Vorschlages zur Bestellung einer/eines Migrationsbeauftragten sowie deren/dessen Stellvertreter/ Stellvertreterin.

Zusammensetzung:

CDU:	Theismann, Friedel Gude, Stefan Jansen, Paul	Ratsmitglied Ratsmitglied sachk. Bürger
SPD:	Wunder, Waltraud Beradis, Antonio	Ratsmitglied Ratsmitglied

FDP: Grottendieck, Wilfried sachk. Bürger
Bündnis 90/Die Grünen: Rodrigues, Nelson sachk. Bürger

Zusätzlich sollen der Vorsitzende des Integrationsrates, ein Mitglied der Kerngruppe Migration sowie ein Sprecher des Forum Migration mit beratender Stimme an der Entscheidungsfindung mitwirken.

Die Verwaltung soll hierzu Kontakt mit den jeweiligen Gremien aufnehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Fachstelle Migration, 12-Punkte Prioritätenkatalog, Sprachoffensive, Umsetzungsschritte KOMM-IN Projekt
Vorlage: 553/09**

0:54:30

Herr Hermes von der Projektgruppe Migration der Stadt Rheine verweist zu Beginn des Tagesordnungspunktes auf die Vorlage.

Ergänzend dazu gibt Frau Hermes von der VHS Rheine einen Überblick über die Arbeit der Stadt Rheine im Bereich der Sprachoffensive 2009.

Ihre Ausführungen hierzu sind diesem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.

Herr Jansen weist darauf hin, dass die Umsetzung dieses Konzeptes gerade auch im Bereich von Erziehung und Bildung die Stärkung und Ausweitung des ehrenamtlichen Engagements voraussetzt. Zu denken sei hier zum Beispiel an Schulpatenschaften im Bereich der Schulen mit einem hohem Anteil an Migrantenkinder.

Herr Rodrigues hält die im Bericht genannten Kernaussagen für insgesamt zu positiv dargestellt. Auf Probleme und Defizite wurde zu wenig hingewiesen.

Frau Ehrenberg weist darauf hin, dass es nachweislich große Fortschritte bei der Umsetzung des Migrations- und Integrationskonzeptes gibt. Dies sei unter anderem auch der Fachstelle Migration der Stadt Rheine zu verdanken.

Frau Knopp bittet im Namen des Ausschusses darum, dass das Projekt FitZu (Fit für die Zukunft) des Caritasverbandes in einer der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses vorgestellt wird.

Zum Schluss der intensiven Diskussion fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Fachstelle Migration zur Umsetzung des Migrations- und Integrationskonzepts zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. 11. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Rheine sowie Festsetzung des Wahltermins für den Integrationsrat der Stadt Rheine
Vorlage: 103/09**

1:15:00

Frau Ehrenberg verweist zunächst auf die Vorlage der Verwaltung.

Herr Schöpfer ergänzt, dass mit dieser Vorlage lediglich die nunmehr bestehenden gesetzlichen Vorgaben umgesetzt werden.

Herr Jansen unterstützt für die CDU-Fraktion die Vorlage der Verwaltung.

Herr Schäfer von Bündnis 90/Die Grünen unterstützt die Verwaltungsvorlage ebenfalls.

Er regt darüber hinaus an, dass der Integrationsrat direkt dem Rat unterstellt werden soll und dass der Integrationsrat ein eigenes Budget zugewiesen bekommt.

Herr Schöpfer teilt dazu mit, dass die Zuweisung eines eigenen Budget oberhalb des bereits bestehenden Budgets für die anfallenden Geschäftskosten nicht möglich ist, da der Integrationsrat ausschließlich eine beratende Funktion hat. Darüber hinaus hat der Integrationsrat gesetzlich jederzeit die Möglichkeit, den Rat bei bestimmten Themen direkt einzuschalten.

Zum Schluss der Diskussion lässt Frau Knoop über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

Beschluss:

Der Integrationsrat bzw. der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, folgenden Beschluss zu fassen:

- I. Der Rat der Stadt Rheine beschließt die folgende 11. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Rheine:

**11. Änderungssatzung
zur Hauptsatzung der Stadt Rheine
vom ____ . Dezember 2009**

Aufgrund von § 7 Abs. 3 Satz 1 i. V. m. 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666 ff.), zuletzt geändert

durch Gesetz vom 30. Juni 2009 (GV NW S. 380), hat der Rat der Stadt Rheine mit Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder in seiner Sitzung am 15. Dezember 2009 die folgende 11. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Rheine vom 15. Dezember 1997 beschlossen:

§ 6

Integrationsrat

1. Es wird ein Integrationsrat mit 15 Mitgliedern eingerichtet, davon 10 direkt gewählte Mitglieder gem. § 27 Abs. 2 Satz 1 GO und 5 vom Rat bestellte Ratsmitglieder gem. § 27 Abs. 2 Satz 3 GO.
2. Der Wahltag wird innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Frist durch den Rat festgesetzt.
3. der bisherige Abs. 9 wird Abs. 3.

§ 19

Inkrafttreten

Diese 11. Änderungssatzung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

- II. Der Rat der Stadt Rheine legt den 07. Februar 2010 als Wahltag für den Integrationsrat der Stadt Rheine fest.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Änderung der Durchführungsbestimmungen für die Wahl zum Integrationsrat der Stadt Rheine Vorlage: 464/09

1:25:00

Herr Schöpfer verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Frau Wunder stellt für die SPD-Fraktion den Antrag, dass der Sozialausschuss beschließen möge, mit der Wahlbenachrichtigung zur Wahl des Integrationsrates am 27.02.2010 gleichzeitig mit der Wahlbenachrichtigung eine Aufstellung der Kandidaten und Kandidatinnen, sowie einen von der Bürgermeisterin unterzeichneten Wahlaufdruck zu verschicken.

(Hinweis: Der genaue Wortlaut des Antrages ist dem Protokoll als Anlage 3 beigefügt.)

Herr Wilp gibt zu Bedenken, dass solch ein Vorgehen möglicherweise nicht zulässig ist. Dies müsste auf jeden Fall vorab geprüft werden.

Herr Gude regt an, diese Frage in der am 19.01.2010 stattfindenden Haupt- und Finanzausschusssitzung zu erörtern. Dies würde zeitlich noch passen, da diese Sitzung noch vor dem verschicken der Wahlbenachrichtigungen stattfindet.

Herr Beradis ergänzt hierzu, dass über diesen Vorschlag gegebenenfalls auch noch in der Besprechung der Fraktionsvorsitzenden entschieden werden kann.

Sodann lässt Frau Knoop über folgenden erweiterten Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Der Integrationsrat bzw. der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Durchführungsbestimmungen für die Wahl zum Integrationsrat der Stadt Rheine werden wie in der Anlage 4 dargestellt geändert und als Gesamtwerk neu beschlossen.

Darüber hinaus beschließt der Sozialausschuss, vorbehaltlich des Ergebnisses der noch durchzuführenden rechtlichen Prüfung, das mit der Wahlbenachrichtigung auch eine Aufstellung der Kandidaten und Kandidatinnen sowie ein Wahlauftrag der Bürgermeisterin der Stadt Rheine, verschickt werden soll.

Hierüber soll abschließend in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung bzw. dem Haupt.- und Finanzausschuss beraten werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 15. Bildung des Beirates für Menschen mit Behinderung und des Seniorenbeirates für die Dauer der Wahlperiode des Rates der Stadt Rheine
- Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe und Vorbereitung des Benennungsverfahrens
Vorlage: 490/09**

1:36:00

Die einzelnen Fraktionen benennen die Mitglieder der Arbeitsgruppe.

Ohne weitere Aussprache fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss bildet eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zur Sichtung und Vorbereitung der Kandidat(inn)envorschläge zur Bildung des Beirates für Menschen mit Behinderung der Stadt Rheine und des Seniorenbeirates der Stadt Rheine.

Zusammensetzung:

CDU:	Fühner, Dieter Berkmann, Simone Stegemeyer, Wilhelm	Ratsmitglied sachk. Bürgerin sachk. Bürger
SPD:	Knoop, Ellen Stockel, Ulrike	Ratsmitglied Ratsmitglied
Bündnis 90/Die Grünen	Schaefer, Michael	sachk. Bürger
FDP:	Grottendieck, Wilfried	sachk. Bürger

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**16. Familienberichterstattung
Konsequenzen, Maßnahmen, weitere Planungen
Vorlage: 496/09**

1:37:00

Frau Ehrenberg erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Auf Nachfrage von Frau Wunder teilt Frau Ehrenberg mit, dass die Versorgung mit Kindergartenplätzen für über dreijährige Kinder in Rheine gesichert ist.

Im Anschluss an die Erörterung fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss/Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zum Familienbericht zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf Grundlage der aufgezeigten Erkenntnisse eine konkrete Maßnahmenplanung zu entwickeln und den Ausschüssen zur Beratung, Priorisierung und Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**17. Behindertengerechtes und barrierefreies Bauen
- Mittelverwendung 2010
Vorlage: 531/09**

1:45:00

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Herr Jansen bittet die Verwaltung um Erstellung einer Aufstellung aus der sich die Mittelverwendung für die barrierefreien Baumaßnahmen der letzten Ratsperiode ersehen lässt. Aus seiner Sicht sind die bereitgestellten Mittel nicht komplett ausgeschöpft worden, da sich Baumaßnahmen teilweise verzögert haben.

(Anmerkung der Verwaltung: Die angeforderte Aufstellung ist diesem Protokoll als Anlage 5 beigefügt.)

Im Anschluss an die Diskussion fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt vorbehaltlich zur Verfügung stehender Haushaltsmittel im Haushalt 2010 auf der Grundlage der durch die Arbeitsgruppe „Behindertengerechtes und barrierefreies Bauen“ (Umsetzung städtischer Baumaßnahmen) erstellten Prioritätenliste die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel wie folgt einzusetzen:

- Bau eines behindertengerechten Steges (Rampe) zur Wasserspielanlage auf dem Stadtpark-Spielplatz
Kostenvoranschlag und Skizze vom 7. April 2009 6.584,00 €
- Audio-Übertragungssysteme für die akustische Barrierefreiheit in städtischen Einrichtungen 10.000,00 €
- Barrierefreier Ausbau der Ampelanlage Osnabrücker Straße/Antoniustrasse
(Kostenschätzung laut Tiefbaubereich) 13.000,00 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**18. Neue Vertragsgestaltung des Personalkostenzuschusses für die Beratungsstelle für Suchtkranke des Caritasverbandes Rheine
Vorlage: 327/09**

1:54:00

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Herr Jansen weist darauf hin, dass die Formulierung im Vertrag hinsichtlich der Sachkosten nicht sauber ist. Nach dem TVöD spielt der Familienstand anders als noch bei dem früher geltenden BAT bei der Berechnung des Einkommens keine Rolle mehr.

Herr Schöpfer teilt mit, dass die Verwaltung die Formulierung des Vertrages in diesem Punkt exakter formulieren wird.

Zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt, den Vertrag über den Personalkostenzuschuss für die Beratungsstelle für Suchtkranke des Caritasverbandes Rheine, wie er als Anlage 6, 7 und 8 dieses Protokolls beigefügt ist, mit dem Caritasverband Rheine

für die Zeit ab dem 01. Januar 2009 abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**19. Sachstandsbericht Sozialplan Alter
Vorlage: 519/09**

1:58:00

Frau Ehrenberg erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Sie weist darauf hin, dass bislang rund 40 % der versandten Fragebögen zurückgeschickt wurden. Dies ist eine gute Quote wenn man bedenkt, dass davon ausgegangen wird, dass man ab einer Rücklaufquote von 20 % repräsentative Zahlen erhält.

Herr Rodrigues bittet darum, an Hand des Rücklaufs der Fragebögen festzustellen, wie der Rücklauf bei älteren Personen mit Migrationshintergrund ist, da es diesem Personenkreis oft schwer fällt, sich an solchen Befragungen zu beteiligen.

Abschließend fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Sachstandsbericht zum Sozialplan Alter zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

20. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

2:05:00

Da es bereits 19.00 Uhr ist, wird die Einwohnerfragestunde vorgezogen.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

**21. Berichtswesen zum Stichtag 31.05.09, Fachbereich 2 - Jugend,
Familie und Soziales,
hier: Produktgruppe Soziales
Vorlage: 286/09**

2:07:00

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Unmittelbar danach fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 2 - Jugend, Familie und Soziales (hier: Produktgruppe Soziales) mit dem Stand der Daten vom 31.05.2009 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**22. Berichtswesen zum Stichtag 31.10.09, Fachbereich 2 - Jugend, Familie und Soziales, hier: Produktgruppe Soziales
Vorlage: 491/09**

2:09:00

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Im Anschluss daran fasst der Sozialausschuss nachfolgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 2 - Jugend, Familie und Soziales (hier: Produktgruppe Soziales) mit dem Stand der Daten vom 31.10.2009 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

23. Anfragen und Anregungen

2:10:00

Herr Jansen beglückwünscht Frau Knoop zu Ihrem verliehenen Bundesverdienstkreuz, welches Sie vor allem für Ihr soziales Engagement erhalten hat.

Diesen Glückwünschen schließen sich die übrigen Vertreter des Sozialausschusses an.

Frau Stockel weist darauf hin, dass ein integrativer Kinderspielplatz beim TV Jahn geplant ist.

Sie darum, dafür Sorge zu tragen, dass sich die Barrierefreiheit nicht nur auf die geplante Zuwegung bezieht.

Ende der Sitzung:

19:55 Uhr

Knoop
Ausschussvorsitzende

Henning Viehoff
Schriftführer